

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Erscheint Freitags. Redaktionsschluß Dienstag mittag. Nachdruck einzelner Beiträge, auch mit Quellenangabe, verboten. Zusendungen redaktioneller Art sind an die Leipziger Schriftleitung, Gerberstraße 48/50, zu richten

Anzeigenannahme, Verlag, Expedition und Schriftleitung Leipzig, Gerberstr. 48/50, Fernruf 21 516. Postscheck: Leipzig 21 690. Berliner Geschäftsstelle: M. Gonzer, N 24, Oranienburger Str. 26 (N 10094)

Bezugspreis: 80 Pfennige monatlich, 2,40 Mark vierteljährlich. Anzeigenpreis: 6 gespalt. mm-Zeile 10 Pf., 3 gespalt. mm-Textzeile 40 Pf., Fam.-Anzeige mm-Zeile 5 Pf. Platzvorschr. n. bes. Tarif. Textinserte 1 Mark pro Zeile. Inseratenschluß Mittwoch früh

Aus dem Inhalt: O. M.: Jenseits aller Politik / Rudolf Haas über seine Erlebnisse / Feuilleton: J. Agnon: Regen / Kaplan: Die Alten / Forum: Ein Wort wider d. Reden / Weltverband u. Studentenbesprechung / Der Antisemitismus auf amerikanischen Hochschulen / Aus der jüdischen Welt: Leipziger Umschau / Sport

Chronik der Woche

Verbot völkischer Zeitungen in München

Die Polizeidirektion Münchens hat die völkische Wochenschrift „Arminius“ und die Halbmonatschrift „Der Frontkrieger“ wegen eines den Rathenaumord verherrlichenden Artikels verboten.

Der Numerus clausus wird in Polen praktisch noch angewandt

Der jüdische Nationalrat Polens erhielt eine Mitteilung aus Lemberg, daß ungeachtet der Zusage des Premiers Prof. Bartel, wonach der Numerus clausus praktisch keine Anwendung mehr finden wird, an der Lemberger Universität nach wie vor der Numerus clausus gegen jüdische Studierende geübt wird. Der Nationalrat und das Präsidium des jüdischen Sejmklubs intervenierten noch einmal beim Ministerpräsidenten Bartel.

Für Faschismus, aber gegen Antisemitismus

Prag. Der nationaldemokratische Führer und Präsident des Senats der Tschechoslowakei, Dr. Brabec, äußerte sich in einem Gespräch mit Pressevertretern über die Haltung seiner Partei gegenüber dem Faschismus und sagte u. a.: „Der vom Faschismus verkündete nationale Gedanke ist uns sympathisch, ebenso die Reinigung im öffentlichen Leben. Wir wollen aber weder den grundsätzlichen Antisemitismus noch das Prinzip gewalttätiger Methoden guthießen.“

Die Sühne für den Mord an Jacob Rosenthal in Mexiko

Berlin. (JTA.) Nach Meldungen aus Mexiko ist seitens der mexikanischen Regierung eine Untersuchung über die Ermordung des amerikanischen Großindustriellen Jacob Rosenthal eröffnet worden. Die Washingtoner Regierung hatte die strenge Bestrafung aller Schuldigen verlangt, sonst würden die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern abgebrochen werden. Den mexikanischen Behörden ist es gelungen, drei der Banditen, die an der Ermordung teilnahmen, festzunehmen. Sie sollten zu dem Tatort des Verbrechens gebracht werden. Unterwegs wurden die Truppen, die sie begleiteten, von einer Räuberbande überfallen, die versuchte, die Gefangenen ihrer Bewachung zu entreißen. Es entstand eine regelrechte Schlacht, in deren Verlauf 30 Banditen getötet wurden. 13 andere, die ebenfalls mit der Ermordung Rosenthals zu tun haben, sind festgenommen und sofort erschossen worden.

Die Palästinaeinwanderung aus Polen

In den letzten drei Monaten sind 1156 Emigranten aus Polen nach Palästina abgereist, im Juni 191, im Juli 474 und im August 491.

Die jüdische Gemeinde Charbins wird behördlich aufgelöst

Charbin. (JTA.) Die oberste chinesische Behörde in Charbin lehnte die Bestätigung des Statuts der Charbiner jüdischen Gemeinde ab und forderte die Gemeindeverwaltung auf, sich aufzulösen. Als Grund wird angegeben, es sei unzulässig, daß ein Organ existiert, welches alle jüdischen Institutionen vereinigt und seine Mitglieder besteuert. Nach der Auffassung der chinesischen Behörde würde eine jüdische Gemeinde einen Staat im Staate bilden.

Schließung einer jüdischen Kulturgesellschaft in Charbin

Charbin. (JTA.) Die chinesische Behörde ordnete die Schließung der jüdischen musikalisch-literarisch-dramatischen Gesellschaft an. Die Gesellschaft existiert seit 18 Jahren und war noch in der Zarenzeit legalisiert. Sie besitzt eine reiche Bibliothek und sorgt für die Erhaltung einer Reihe von Kulturinstitutionen.

Erste wesentliche Unterstützung des jüdischen Erziehungswesens durch die Regierung

Jerusalem. (PC.) Die palästinensische Regierung hat der zionistischen Palästina-Exekutive mitgeteilt, daß in dem Budget für das laufende Jahr 10 000 Le als Beihilfe an das jüdische Erziehungswesen in Palästina ausgeworfen sind.

Ku-Klux-Klan vor dem Untergang

Die Zeitungen stellen fest, daß die antijüdische und antikatholische Geheimorganisation Ku-Klux-Klan einen Prozeß der Zersetzung durchmacht und dem Untergang geweiht ist. Der Führer Evans hat ganz den Einfluß auf die Massen verloren.

Im Oktober OZET-Konferenz in Moskau — Alle auswärtigen jüdischen Hilfsorganisationen eingeladen

Moskau. Im Verlauf des Monats Oktober wird in Moskau eine Konferenz der Organisationen der Gesellschaft für jüdische Kolonisation OZET ganz Rußlands abgehalten werden. Zur Teilnahme an dieser Konferenz sind alle amerikanischen und europäischen jüdischen Hilfsorganisationen eingeladen worden. Auch die jüdischen Hilfsorganisationen in Deutschland sind eingeladen worden.

Mißlingen der Eingangsverhandlungen unter den Arabern

Wie die ITA berichtet, ist der Versuch der gemäßigten arabischen Partei unter Führung des Jerusalemer Bürgermeisters Nashashibi mit Lord Plumer wegen Errichtung eines Legislative Council zu verhandeln, mißlungen, da die extremen Araber unter Führung von Musa Kasim Pascha diesem Versuch Widerstand entgegengesetzt haben, so daß es zu keinem Einvernehmen der Araber unter sich bezüglich der Verwirklichung dieses Planes kommen konnte.

Zehntausende von Juden durch die Katastrophe auf Florida geschädigt

Newyork. (JTA.) Durch den furchtbaren Cyklon, der die Küste von Florida verheert hat, ist auch die große jüdische Bevölkerung des Küstengebietes schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Wie viel Juden ihr Leben einbüßen, ist noch nicht bekannt, allein die jüdische Einwohnerzahl der Stadt Miami, die etwa 30 000 Seelen zählt, hat fast ihr gesamtes Hab und Gut eingebüßt. Es herrscht große Not. Der unabhängige Orden Bnei Brith hat eine Hilfsaktion für Florida eingeleitet.

Jom Kippur-Predigt einer Frau in der Londoner Liberalen Synagoge

London. (JTA.) Ehrwürdige Frau Lilly Montag, die Schwester von Lord Swaythling und Sekretärin des auf der Londoner liberalen Konferenz begründeten Weltverbandes für fortschrittliches Judentum, predigte am Jom Kippur in der Londoner Liberalen Synagoge. Ihr Thema lautete: „Antwort des Menschen auf den Ruf Gottes“. Ein höherer Beamter der Synagoge äußerte sich einem Vertreter der Zeitung „Sunday Express“ gegenüber dahin, die liberale Organisation, die sich 1910 von der Reform-Synagoge löste, habe die Gleichheit der Geschlechter proklamiert; in der Liberalen Synagoge, die vieles vom alten Zeremoniell abgeschafft hat, sitzen Männer und Frauen bei der Andacht zusammen.

Jenseits aller Politik

Es sind nicht die großen Anlässe, die feierlichen Gelegenheiten, die für das Wesen eines Menschen, einer Gruppe oder Körperschaft charakteristisch sind. Denn hier wird Verhalten und Stellungnahme allzu oft von Momenten bestimmt, die außerhalb der freien Entschlußkraft liegen. Anders die kleinen Angelegenheiten des Tages, sie können allein entscheidenden Aufschluß über das wirkliche Wesen geben. „Der große Gott“ — läßt ich glaube Max Brod den Helden in seiner „Franzi“ sagen, „das ist ein Gott der Kleinigkeiten“. Von einer solchen kleinen, aufschlußreichen Episode, wie sie sich in der letzten Gemeindefitzung abgespielt hat, sei hier die Rede, wobei von vornherein betont werden muß, daß es sich um eine Erörterung jenseits aller Politik handelt.

Die Frage der richtigen Versorgung der Leipziger jüdischen Bevölkerung mit Koscherfleisch ist eine in Leipzig so mit Schwierigkeiten umsäumte Angelegenheit, daß sie allen gegenwärtig ist und nicht in ihrer ganzen Breite hier aufgerollt zu werden braucht. Vor einigen Wochen nahm die Frage eine scharfe Zuspitzung an, als in der Budgetberatung der Gemeindepräsident zum Ausgleich der für Kaschruthzwecke ausgegebenen Beträge eine Neuregelung der Schochtingebühren in Aussicht genommen wurde. Die Fleischer erklärten eine weitere Belastung für untragbar und drohten, jede Verteuerung auf die Konsumenten abwälzen zu müssen. Die Gefahr lag nahe, daß viele Konsumenten von Koscherfleisch, eingeschüchtert durch die hohen Preise, veranlaßt würden, Fleisch beim nichtjüdischen Fleischer kaufen zu müssen, um nicht dem Fleischgenuß ganz zu entsagen. Auf der anderen Seite konnte der Gemeindevorstand gegen die ihm zur Richtschnur gegebene Parole: „Die Ausgaben für Kaschruth müssen sich aus den Einnahmen des Kaschruthwesens decken“, nicht noch weiter verstoßen, da die Ausgaben im Zeitpunkt der Beratung die Einnahmen bereits um 11 resp. 17 000 Mark überschritten hatten. Um aus den widerstreitenden Interessen eine objektive Lösung zu finden, schlug ein Gemeindevorordneter — ich glaube, es war Herr Tumpowski — vor, eine Sachverständigenkommission einzuberufen, welche die Relation zwischen Koscherfleisch und dem beim nichtjüdischen Fleischer gekauften Fleisch zu überprüfen hätte. Der Antrag wurde einstimmig angenommen und der Vorstand mit der Zusammensetzung und Einberufung dieser Kommission beauftragt.

Am letzten Dienstag trat die Gemeindevorstandsversammlung nach den Sommerferien das erstmalig wieder zusammen. (Wir berichten an anderer Stelle über den Verlauf der Sitzung.) Doch als man zu dem Punkt der Besprechung des Kaschruth kam, erklärte der Vorsitzende, daß eine Sachverständigenkommission nicht einberufen werden konnte, weil der Auftrag der Repräsentanz unbestimmt gelautet hätte und der Vorstand im Zweifel darüber gewesen wäre, wer als Sachverständiger in Fragen der Fleischpreise anzusehen wäre, ob Fleischer, Viehhändler oder Konsumenten. Das mag ja vielleicht noch einleuchten. Aber das wesentlichere kommt erst: Es erhebt sich ein Gemeindevorordneter und erklärt mit einem Eifer, den man sonst gerade an ihm nicht bemerken konnte, die Frage habe sich erledigt, da die Fleischpreise inzwischen wieder gefallen seien. Die zwei neuen koscheren Fleischereien in Leipzig hätten es durch ihr Beispiel vermocht, eine Reduktion bei allen Fleischereierunternehmungen durchzusetzen. Effekt: die Kommission brauche nicht zusammenzutreten! Aber diese Kommission sollte ja nicht gegen die Fleischer gerichtet sein, sie sollte nur objektiv die Relation zwischen dem Preis des koscheren und des nichtkoscheren Fleisches zu prüfen, also unabhängig von der jeweiligen Geschäftstechnik einzelner Unternehmer. Aber die Israelitische Religionsgemeinde, die gerade wegen